

CHINA UNTER STAATSPRÄSIDENT XI JINPING

François Godement

ZUSAMMENFASSUNG

Seit Xi Jinping im November 2012 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ernannt wurde, hat er mehr Macht und persönliche Autorität auf sich vereint als jeder chinesische Führer seit Mao Zedong. Im Vorfeld seiner Ernennung wurde in China offen über politische Reformen sowie über die Wirtschafts- und Außenpolitik diskutiert. Doch seit Xi die Kontrolle Chinas übernommen hat, ist diese erwartungs- und spannungsvolle Stimmung erloschen. Entgegen der Vorhersagen hat er die Vorherrschaft der Partei gegenüber dem Staat neu begründet und präferiert statt der in China im vergangenen Jahrzehnt praktizierten „kollektiven Führung“ einen personenbezogenen Führungsstil.

Xis Stil unterscheidet sich von dem seiner Vorgänger: er redet in der Ich-Form, betont die Größe Chinas und zitiert Mao. Das Schlüsselwort für Xis Regierungsstil lautet jedoch „Kontrolle“, weswegen der Spielraum für politische Reformen oder wirtschaftliche Liberalisierung gering sein dürfte. Sein Top-down-Ansatz, den man als „kompromisslose Modernisierung“ bezeichnen könnte, setzt darauf, irrationales Verhalten wie Korruption und unkontrollierte Kreditvergabe zu stoppen, anstatt die wichtigsten staatlichen Wirtschaftsakteure zu reformieren. Xi hält sich auch nicht an die von Deng Xiaoping postulierte außenpolitische Zurückhaltung, sondern sieht China als Weltmacht. China unter Xi zielt auf strategische Parität mit den USA und verfolgt zugleich eine auf überlegener Stärke basierende Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten.

Seit Xi Jinping im November 2012 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas ernannt wurde, hat sich mehr Macht und persönliche Autorität auf sich vereint als jeder chinesische Führer seit Mao Zedong, den von Xi häufig zitierten Gründer der Volksrepublik China (VRC). Selbst Deng Xiaoping musste zwischen 1977 und 1984 mit einer großen Gruppe Konservativer an der Spitze der Partei fertig werden und es gelang ihm auch danach kaum, die Machtkämpfe unterschiedlicher politischer Gruppierungen zu unterdrücken. Xi ist auch mächtiger als Jiang Zemin, der zwar als Führer unterschätzt wurde, aber unübertroffen darin war, Kompromisse unter den Gruppierungen zu schließen und gegensätzliche Positionen zu vereinen. Xis Machtfülle stellt auch die Leistung seines unmittelbaren Vorgängers, Hu Jintao, in den Schatten, der sich zunehmend hinter der kollektiven Führung verschanzte und seine Regierungszeit ohne klares Konzept beendete.

Xis starke Stellung ergibt sich zudem aus den Posten, die er unmittelbar nach seiner Ernennung übernommen hat (inklusive der bedeutsamen Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission), der Unterstützung, die er durch langjährige Parteimitglieder erhält sowie seinem persönlichen Stil, den er, anders als sein Vorgänger, ohne zu Zögern einsetzt. Seine starke Stellung ergibt sich auch aus dem Nichtvorhandensein sichtbarer politischer

Positionskämpfe an der Spitze und dem Stillschweigen seiner Parteikollegen; dem Durchsetzungsvermögen, das er bei Themen wie Korruption an den Tag legt; der „Berichtigungskampagne“ unter Parteikadern, und dem nahezu kompletten Fehlen öffentlichen Widerspruchs, sei es von der liberalen „Rechten“ innerhalb der Partei, der nationalistischen und populistischen „Linken“ oder von der chinesischen Bevölkerung. In chinesischen Social Media wird keine Kritik an Xi geduldet und chinesische Medien berichten nicht über politische Reformen.

Xis Kontrolle der Partei und des Militärs wird auch an der Wende in der chinesischen Außenpolitik sichtbar. Vor seinem Amtsantritt wurde intensiv über den fragmentierten Beamtenapparat, die Unentschlossenheit an der Spitze sowie Druck von Aktivisten und einer vermeintlich mächtigen chinesischen Öffentlichkeit diskutiert. Seit Xis Amtsantritt ist Chinas Politik gegenüber den Nachbarstaaten zwar rationaler, aber nicht weniger unnachgiebig. Kein Vertreter des riesigen chinesischen Militärapparates hat es seit der Versammlung des Nationalen Volkskongresses im März 2013 gewagt, abweichende Meinungen zu vertreten. Statt anti-japanischer Demonstrationen und Gewalt wurde eine besser kontrollierte Kampagne mit Hilfe von Zeitungen und Magazinen gestartet. Es wurden sogar anti-japanische Hongkong-Filme gezeigt, wie etwa „*The Grandmaster*“ von Wong Kar-Wai, der im Januar in China Premiere hatte.

Xis Machtfülle hat jedoch auch ihre Grenzen. Im Politbüro sind weiterhin Reformer und Anhänger von Hu und Wen vertreten, die auf die nächste Parteinachfolge in fünf Jahren warten. Für die breite Unterstützung durch verdiente Parteimitglieder und Konservative hat Xi jedoch, bereitwillig oder nicht, die Befürwortung einflussreicher Interessengruppen in Kauf nehmen müssen – allen voran die staatseigenen Unternehmen, was eine starke Einschränkung für Premierminister Li Keqiang und seine fortschrittlicheren ökonomischen Kader darstellt. Um die Auseinandersetzungen unter den Gruppierungen zu beenden, hat Xi eine Wiederbelebung des maoistischen Konzepts der „Massenlinie“ angeregt oder es zumindest

toleriert.¹ Doch dieser Rückgriff auf Praktiken und Begrifflichkeiten der Ära Mao Zedongs verstärkt einen autoritären Führungsstil anstatt einen politischen Übergang einzuleiten und könnte so wirtschaftliche Probleme bereiten.

Doch es könnten auch außenpolitische Schwierigkeiten auftreten. Chinas neues Bismarck'sches Vertrauen in bilaterale Partnerschaften erfordert Stärke an jeder Front. Die Liste an Ländern in Chinas Nachbarschaft, die seit dem Jahr 2010 Pekings Überheblichkeit zu spüren bekamen, ist lang. Xi hat die Weltbühne zu einem Zeitpunkt betreten, an dem China nicht nur, wie Mao es formulierte, „Freunde auf der ganzen Welt“, sondern wie Lord Palmerston es bezeichnet hätte, „Interessen auf der ganzen Welt“ hat. Doch China ist weder Mittelpunkt eines multilateralen Regimes noch hat es einen einzigen bedeutenden Verbündeten. Stattdessen muss es permanent mit einer Koalition von Interessen jonglieren – weshalb es mal Entwicklungsländer, mal Schwellenländer und immer häufiger entwickelte Industriegesellschaften unterstützt, deren politische Modelle es eigentlich ablehnt.

Der vorliegende Essay wird Xis Macht sowie deren Auswirkungen auf die chinesische Politik analysieren. Es soll untersucht werden, wie Xi die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Gruppierungen in den letzten Jahren zu seinen Gunsten nutzte, um die Kontrolle in China zu übernehmen und einen personenbezogenen Führungsstil anstelle der in China im vergangenen Jahrzehnt praktizierten „kollektiven Führung“ zu verfolgen. Auch der persönliche Stil, durch den sich Xi von seinen Vorgängern unterscheidet, soll untersucht werden. Die Achillesferse, so die Argumentation dieses Essays, ist die Wirtschaft, die sich durch die Grenzen des Wachstums und das Erstarken von Interessengruppen neuen Hindernissen gegenüber sieht. Auch in der Außenpolitik könnten auf Xi Herausforderungen

¹ Der Begriff „Massenlinie“ stammt aus der Ära Maos. Er bezieht sich auf die Mobilisierung der Bevölkerung, Veränderungen zu fordern sowie Parteikader, konterrevolutionäre Individuen und Strömungen zu denunzieren oder zu korrigieren.

zukommen, wenn er weiterhin selbstbewusst gegenüber den Nachbarstaaten auftritt und eine gleichberechtigte Beziehung zu den USA anstrebt.

Wie Xi die Kontrolle von China übernahm

Erst im Herbst 2012 wurde offen über die bedeutsamen Weichenstellungen für China diskutiert. Reformorientierte Kräfte argumentierten, dass China am Scheideweg stehe, vor allem im Hinblick auf Wirtschaftsreformen, da Partikularinteressen zunehmend in Kontrast zu einem auf Eigenkapital und Konsum basierten Wachstum traten. Liberale Kritiker charakterisierten die Regierungszeit der vergangenen Führer als „verlorenes Jahrzehnt“ und argumentierten, dass ihre vor 2002 regierenden Repräsentanten mehr Mut bei der Liberalisierung Chinas bewiesen hätten. Auch über operative und strategische Außenpolitik wurde diskutiert, da nationalistische Aktivisten und vereinzelte Vertreter des Verteidigungsapparates das unentschlossene Vorgehen der Parteispitze kritisiert hatten. Solch eine öffentliche Diskussion hatte es in China seit 1989 nicht mehr gegeben. Symbol hierfür war der dramatische Sturz von Chinas schrillstem Politiker Bo Xilai, dessen Geschichte wie ein zeitgenössischer Kampfkunstroman klingt.

Doch diese spannungsvolle Stimmung ist seit der Machtübernahme von Xi verflogen. Es ist aufschlussreich, dass seit Beginn des Jahres 2013 in China nicht mehr über Bo berichtet wurde. Doch auch andere Diskussionen sind seitdem erloschen. Kurz vor Beginn des chinesischen Neujahres im Februar versuchten politische Liberale, mit Hilfe eines Artikels in der führenden Parteizeitung „*Southern Weekly*“ für ihr Anliegen zu werben, dass zu dem von Xi propagierten „chinesischen Traum“ auch eine verfassungsmäßige Ordnung gehöre. Doch nichts liegt Xi ferner als politische Reformen und ein konstitutioneller Staat. Der Artikel erschien nie. Seit Xi an der Macht ist, hat es keine sozialen Proteste ähnlich der beachtlichen Land- oder Industrieproteste des Jahres 2012 gegeben. Diskussionen über Außenpolitik sind ebenfalls verstummt, und das obwohl Xi einen deutlich

feindlicheren Kurs gegenüber Japan und Indien eingeschlagen hat.

Die Kehrtwendung, die Xi an der Spitze des Parteistaates und beim Beenden der Debatte vollzogen hat, ist eindrucksvoll. Bislang galt, dass jede neue Generation chinesischer Führer schwächer war als die unmittelbar vorausgehende, weil sie entweder nicht über die Legitimität einer Revolution oder die Erfahrung bitterer „Linienkämpfe“ verfügte, wie Auseinandersetzungen unterschiedlicher Parteigruppierungen in China genannt werden. Die nach dem Desaster von Maos Alleinherrschaft zur Devise erhobene „kollektive Führung“ war zum Synonym für Kompromiss und Entscheidungsunfähigkeit geworden. Der „fragmentierte Autoritarismus“, das Kennzeichen der 1990er Jahre, wurde von einem bürokratischen System abgelöst, in dem isoliert Entscheidungen getroffen werden. Aus diesem Top-down-Ansatz politischer Kontrolle ist ein facettenreiches und korruptes System entstanden, das das bürokratische System weiter förderte.

Xi widerlegte alle Prognosen und konzentrierte die Macht. Dies geschah nicht zufällig, sondern war Ausdruck eines langgehegten Ziels, für dessen Realisierung günstige Gelegenheiten genutzt wurden. Xi hat seine Rivalen, seine Kollegen und sogar seine Berater überlistet. Statt auf „kollektive Führung“ zu setzen, zeichnet sich sein politischer Stil durch personenbezogene Macht aus, wofür er schlagkräftige Instrumente aus dem Bereich der Ideologie und der Kampagnenführung einsetzt. Hu und Wen strebten den Übergang zu einem System kollektiver Kontrolle an, in dem „wissenschaftlicher Sozialismus“ und „Harmonie“ politische Entscheidungen ersetzen würden. Das gelang ihnen jedoch nicht. Xi hat dagegen die Vorherrschaft der Partei wiederhergestellt. Anstelle von „checks und balances“ oder einer von der Verfassung vorgegebenen Gewaltenteilung setzen Xi und der Premierminister auf die Modernisierung der Bürokratie. Während der Spielraum für Individuen, NGOs und marktwirtschaftliche Mechanismen vergrößert wird, verstärkt die Partei ihre Kontrolle über Funktionäre und Verwaltungsinstitutionen.

Entschlossen hat Xi an der Schaffung eines politischen Paktes für die Parteispitze

gearbeitet. Kurz vor dem 18. Parteikongress war ihm ein Etappensieg gelungen. Eine Erklärung zu Xis zweiwöchiger Abwesenheit kurz vor dem Kongress gab es nie, aber im Rückblick ähnelt sie Maos Fähigkeit, von der Bildfläche zu verschwinden und Gegenangriffe zu starten. Im Frühling 2012 äußerten sich einige hohe Parteifunktionäre und einflussreiche ehemalige Parteikader unzufrieden damit, wie der damalige Premierminister Wen Jiabao die Hetzjagd gegen Bo Xilai und seine Ideologie betrieb – ein Mix aus maoistischen „roten Liedern“, populistischer Klientelpolitik und einer gewalttätiger Verfolgung persönlicher Gegner. Bo unterstützte militaristische und nationalistische Bewegungen und wurde von Konservativen als „nützlicher Idiot“ missbraucht, um liberale und legalistische Forderungen abzuwehren.

Beide Seiten nutzten die Causa Bo zu ihren eigenen Gunsten. Im Verlauf des Sommers 2012 wandte sich Hu von Wen ab und ließ die Bo-Angelegenheit ruhen, um die Ernennung seiner Kandidaten für das Politbüro durchzusetzen, darunter den Leiter der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KP, Li Yuanchao, der dem Reformlager nahestehende Parteisekretär der Provinz Guangdong Wan Yang, sowie die einzige Frau an der Spitze, Liu Yandong, mit dem Ziel, ein Gleichgewicht zwischen bekennenden Hardlinern und „roten Prinzingen“ zu schaffen (d.h. Führer der zweiten Generation aus herrschenden Familien). Doch Xi besiegelte Hus Schicksal, als er zusammen mit seinen Unterstützern, unter ihnen der 86jährige ehemalige Präsident Jiang Zemin, einen plötzlichen Meinungsumschwung verkündete und die Säuberung von Bo zu einem großen Thema vor dem Parteikongress machte. Im selben Atemzug wurden zwei starke Unterstützer von Hu, Ling Jihua und Li Yuanchao wegen familiärer und politischer Verfehlungen entmachtet, für die sie ihre Gegner attackierten.

Die Konservativen besannen sich schließlich auf den ältesten Trick im Handbuch der KPCh: sie beriefen ein „vergrößertes“ Politbüro ein, das sowohl Veteranen als auch reguläre Mitglieder enthält und das die „Leitlinien“ für das Plenum des Zentralkomitees vorgibt. Bo

wurde wegen Korruption, unziemlichen Benehmens und „anderer Verbrechen“ von der Partei ausgeschlossen. Als nächstes war Hu Gruppe an der Reihe. Ein Xi nahestehender General wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission ernannt, wohingegen zwei von Hu unterstützte Kandidaten durchfielen. Um zu demonstrieren wer das Sagen hatte, wurde diese Entscheidung vor dem Parteikongress bekannt gegeben. Auf dem Parteikongress gab Hu sofort den Vorsitz der Militärkommission ab – die höchste Position innerhalb der Partei seit dem Langer Marsch 1935.

Das Durchschnittsalter des neu gewählten Politbüros ist höher als das des vorherigen. Es beläuft sich nun auf 63 Jahre im Vergleich zu 62 Jahren vor fünf Jahren und wird von „Prinzingen“ dominiert: in einer Art „reverser Genetik“ sind vier der sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros entweder selbst Abkömmlinge ehemaliger Spitzenfunktionäre oder haben Frauen, die aus solchen Familien stammen. Natürlich ist auch Xi selbst ein „Prinzing“, dessen Vater bereits Mao und Deng diente und der während der Kulturrevolution einige Jahre in einer Höhle leben musste. Ende August 2012, als die Nachfolgefrage auf der Kippe stand, soll er frustriert gesagt haben: „Mein Elternhaus war im Besitz von Fremden. Nun wollen sie mir einige Zimmer zurückvermieten, aber ich will das ganze Haus.“²

Xis Stil

Um zu verstehen, wie mächtig Xi ist und wie er China in seiner Regierungszeit prägen wird, muss sein Stil analysiert werden, der sich stark von dem seiner Vorgänger unterscheidet. Im Gegensatz zu ihnen spricht Xi in der Ich-Form, betont die Größe Chinas und zitiert Mao. Er schöpft aus dem Repertoire der KPCh aus den „goldenen Jahren“ vor dem „Großen Sprung“ und der Kulturrevolution, er lobt die Partei überschwänglich als Kernstück der Führung und besteht auf kommunistischen Tugenden. Im Gegensatz dazu hat Hu Jintao immer die Bedeutung der kollektiven Führung und der „Harmonie“ betont, die „friedliche

² Interview mit einem führenden chinesischen Politikwissenschaftler in Singapur im Dezember 2012.

Entwicklung“ zum offiziellen Mantra erkoren und den „wissenschaftlichen Sozialismus“ als Kompromiss zwischen verschiedenen ideologischen Möglichkeiten kreiert.

In einer kurzen, nur aus 1.500 Wörtern bestehenden Ansprache vor der Presse am Ende des 18. Parteikongresses verkündete Xi seine beiden Ziele. Das erste war „Glück“ und er erwähnte es zwei Mal, so etwa als er über die reformorientierte Führung der Provinz Guangdong sprach, die einen „Glücks-Index“ geschaffen hat. Dieser Ausdruck suggeriert ein Bewusstsein für die Wünsche der Gesellschaft, im Unterschied zu Parteimitgliedern und Kadern. Das andere Ziel bestand in der „großen Erneuerung der chinesischen Nation“, ein Ausdruck, der nahelegt, dass das Land einer Überholung bedarf und „Größe“ zum Selbstzweck wird. Öffentlichkeitswirksam besuchte Xi nach dem Kongress das Pekinger Nationalmuseum, wo die Demütigungen der Vergangenheit zur Schau gestellt sind. Dort erläuterte er die Erneuerung im Kontext des „chinesischen Traums“ und zitierte Mao zwei Mal.

Xi erwähnte zudem die Notwendigkeit, „sicherzustellen, dass unsere Partei das Kernstück der Führung bleibt.“ Hierbei handelte es sich um ein Wortspiel: anstatt die „Kernführung“ zu betonen, die ein Kollektiv aus Führern unter Ausschluss parteiinterner Flügel bestimmt, betonte Xis Formulierung eine monolithische Partei an der Spitze. Dies stellt einen großen Unterschied zum letzten Jahrzehnt dar. Anstatt eine ausgleichende Rolle unter den parteiinternen Flügeln zu spielen, möchte Xi, dass sich die Partei um ihn herum eint. Er betont den Stellenwert von Zusammenarbeit und bezeichnet die Mitglieder des Ständigen Ausschusses als „Kollegen“ (tongshi).

Seine eigenen Positionen verändern sich häufiger, doch eine offene Debatte oder gar Widerspruch innerhalb der Parteigliederungen wird nicht geduldet. Xi zitiert besonders gerne Maos Gedichte aus den Jahren 1943 bis 1949 und gelegentlich den Dichter Li Bai, dessen Gedichte während der Kulturrevolution zur täglichen Lektüre der Roten Garden gehörten. Dies ist eine Gemeinsamkeit von Xi und Bo, der ebenfalls ausgiebig Mao zitierte. Natürlich gehörte es zum politischen Überlebenskonzept

während der Kulturrevolution, Mao zu zitieren und es kann durchaus sein, dass Xi damit die ältere Generation und die Konservativen zu beschwichtigen versucht, denen er seinen Sieg verdankt. Auch in seiner Dankesrede zitierte Xi Mao, als er davon sprach „den Menschen zu dienen“ und Verantwortung zu übernehmen, die „schwerer wiegt als der Tai-Berg“. Das ist ein typischer Ausspruch Maos, der während der Kulturrevolution sowie während Xis prägender Jahre als Jugendlicher wiederbelebt wurde.

Ein weiteres prägendes Element von Xis Stil ist die Würdigung ehemaliger KP-Führer. Aus Xis Sicht sind die ersten 30 Jahre der KPCh von 1949 bis 1979 ebenso lobenswert wie die 30 Jahre seit 1979 – in anderen Worten: die Aufbauphase des Sozialismus unter Mao ist gleichwertig mit der Reformära, die von Deng Xiaoping eingeleitet wurde. Xis Loyalität zu den Gründungsfamilien der KPCh ist unerschütterlich. Er traf sogar Hu Dawei, den politisch liberalen und aktivistischen Sohn von Hu Yaobang, der als KPCh-Führer vermutlich zu den größten Befürwortern einer reformorientierten Politik zählte. Xis generationenübergreifende Verbundenheitsgefühle mögen aufrichtig sein, doch könnten sie ihn blind machen für die Vetternwirtschaft, die die chinesische Öffentlichkeit vehement ablehnt.

Diese Elemente von Xis Stil haben Auswirkungen auf die Durchführung von Reformen. Reformanhänger setzen sich dafür ein, dass die Partei dem Rechtssystem unterstellt wird und der Übergang zu einem Staat des Rechts, wenn nicht gar zu einem Rechtsstaat eingeleitet wird. Sie fordern zudem eine Demokratisierung, mit der sogleich im parteiinternen Auswahlssystem begonnen werden sollte. Xi hat diese Diskussion über die Institutionalisierung des Parteistaates jedoch unterbunden und unternimmt sogar vorsorgliche Schritte gegen ihr Wiederaufleben. Unmittelbar nach dem Parteikongress betonte Xi die Parteiregeln und Gesetze, nicht jedoch das Rechtssystem selbst. Während einer Reise nach Shenzhen im Dezember 2012 geißelte Xi diejenigen, die darauf bestanden, dass „echte“ Reformen auch die „Übernahme universeller Werte des Westens“ beinhalten und beanspruchte das

Recht zu entscheiden „was reformiert wird und was nicht. Es gibt Dinge, die wir nicht geändert haben, Dinge, die wir nicht ändern können und Dinge, die wir nicht ändern werden, egal wie viel Zeit verstreicht.“

So spricht ein starker Führer, der ein absolutes Gespür für seine individuelle, genealogische und ideologische Legitimität hat. Während Hu in seinen Reden für jeden etwas bereit hielt und so keine wirkliche Richtung vorgab, drückt Xi sich oft mehrdeutig und manchmal auch unklar aus. Eine Tendenz scheint sich jedoch durchzusetzen: die Rückkehr zur Revolutionsära mit der Kontrolle des Staates durch die Partei ohne jegliche Aussicht auf einen Übergang zu einem normalen konstitutionellen Staat. Alles in allem haben Xis Äußerungen im ersten Jahr mehr Türen geschlossen als geöffnet und die Aussicht auf „Massenlinien“-Politik und Berichtigungskampagne hängt wie ein Damoklesschwert über Parteimitgliedern und Regierungskadern. Es ist auffällig, dass Wen seit der Machtübergabe überhaupt nicht mehr und Hu nur einmal öffentlich aufgetreten ist.

Doch auch wenn Xis Stil radikale Züge trägt, so befördert er keine radikalen ideologischen Themen und betont gelegentlich die Notwendigkeit ordnungsgemäßer Abläufe innerhalb der Partei. Kommunale Kader und Regierungen wurden in jüngerer Vergangenheit von der Öffentlichkeit häufiger zur Rede gestellt, da eine regelrechte Erpressungsmaschinerie aufgrund ihrer privaten Verfehlungen floriert. Ein scharfes Vorgehen gegen Korruption wird sicherlich den auffälligen Konsum von Luxusgütern eindämmen, der in China oft durch Arbeitseinheiten oder über Bestechungsgelder finanziert wird. Dadurch wird der private Sektor oder legitime Geschäftsinteressen nicht zurückgedrängt – es könnte ihnen sogar zugutekommen. Doch werden sie auch keine Befugnisse erhalten, die über parteistaatliche wirtschaftliche Interessen hinausgehen. Wenn somit „Kontrolle“ das Schlüsselwort für Xis Stil ist, wird der Spielraum für durchgreifende Reformen oder wirtschaftliche Liberalisierung gering sein.

Das Einfrieren der Politik und die Reform der Wirtschaft?

Die Wirtschaft ist der Bereich, in dem Xi nicht alles unter Kontrolle zu haben scheint. Seine Legitimation aus der herrschenden Klasse gerät mit der Notwendigkeit zu Reformen in Widerspruch und stellt organisierte Interessen infrage. Die Schlüsselfigur ist Premierminister Li Keqiang, der nicht Xis Wahl war. Li war ursprünglich Hus Kandidat für den Spitzenposten, doch traf die kollektive Führung im Jahr 2007 eine andere Entscheidung. Li gilt als Reformler und hat das Werk „*The Due Process of Law*“ (Das ordentliche Verfahren im Recht) von Lord Alfred Denning ins Chinesische übersetzt. Im Jahr 2012 lobt er den Bericht der Weltbank über *China 2030*, der sich wie ein Lehrbuch für grundlegende Reformen liest, die weit über die Wirtschaft hinaus Einfluss auf Chinas Machteliten hätten. Die Hauptthese des Berichtes war, dass umfassende Reformen nicht länger aufgeschoben werden können – trotz seines Erfolges sei Chinas Entwicklungsmodell nicht nachhaltig.

Auf dem Parteikongress mussten einige Wirtschaftsreformer Rückschläge hinnehmen. Allen voran Zhou Xiaochuan, der Gouverneur der Chinesischen Volksbank, der sich für Währungskonvertibilität stark gemacht hatte. Er durfte seinen Posten zwar behalten, wurde aber nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt. Die Ernennung einer neuen Regierung durch Chinas halb-kontrollierte Legislative im Frühjahr 2013 verlief für die Reformler etwas besser. Der ehemalige Parteisekretär in Guangdong, Wang Yang, wurde stellvertretender Ministerpräsident für wirtschaftliche Angelegenheiten. Lou Jiwei wurde von der Führung der China Investment Corporation (CIC) – einer von Chinas zwei souveränen Investmentfonds – ins Finanzministerium berufen. Liu He, ein in den USA ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler, der an der Entstehung des *China 2030*-Berichts direkt beteiligt war, wurde zum Vorsitzenden der Finanz- und Wirtschaftsführungsgruppe des Staatsrates ernannt. Da Liu als Berater von Xi und als Architekt der „Top-down-Reform“ der Jahre 2010 bis 2012 gilt, wird das als Zeichen dafür gedeutet, dass tiefgreifende Veränderungen bevorstehen. Doch scheint dies nicht für die Kontrolle staatlicher Unternehmen zu gelten. Der Vorsitzende des riesigen chinesischen

Ölkonzerns China National Petroleum Corporation (CNPC), Jiang Jiemin, wurde Vorsitzender der Kommission des Staatsrats für Kontrolle und Verwaltung des Staatsvermögens (SASAC), einer Regierungsagentur, die zusammen mit der Organisationsabteilung der Partei Kontrolle über staatseigene Unternehmen ausübt. Bilanzierend lässt sich sagen: In technokratischen Positionen gelten Reformer als nützlich, dies gilt aber nicht für die Spitze der Partei.

Seitdem wurde in der Wirtschaftspolitik mehrfach die Absicht verkündet, Exzesse und Ungleichgewichte einzuschränken, auch wenn das zu Lasten des Wachstums geht. Dies wird sehr viel konsequenter durchgesetzt als unter Wen, auf den diese Politik zurückgeht. Ob es größere strukturelle Änderungen geben wird, die weiter Richtung Marktwirtschaft und Regulierung des seit 2008/2009 betriebenen staatlichen und von der Spitze gelenkten Wachstumsprozesses führen würden, bleibt unklar. China steht vor einem echten Dilemma. Derzeit ist es so, dass das schnelle Wachstum und all seine Bestandteile – die Exportkette, Anschubfinanzierung für Infrastrukturprojekte, Top-down-Förderung von Industriestrategien, Einsparungen und Währungssterilisation – die Reformära zu einem Erfolg gemacht haben. Der Nebeneffekt war die Entstehung einer unausgeglichene Wirtschaft und Gesellschaft – das Verhältnis von Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt beträgt fast 50 Prozent und der Gini-Koeffizient liegt zwischen 0,45 und 0,63. Werden solche Entwicklungen jedoch unterbunden, wird es kurzfristig sicherlich zu einer Schwächung des Wachstums kommen. Wird die nicht-ganz-so unsichtbare Hand des Staates über den Markt gezügelt, könnten wilde Spekulationszyklen die Folge sein. Die Zentralregierung könnte sich noch nicht einmal sicher sein, den Kommunalregierungen wirklich die Hände binden zu können.

Unter den Regierungschefs Hu und Wen bestand makroökonomische Politik aus Stop-and-go-Maßnahmen, deren Hauptinstrumente nicht die Geld- und Zinspolitik, sondern Vorgaben zu Kreditvergaben und Bankguthaben waren. Jedes Mal, wenn die Regierung versuchte, ausufernde Kredite zu

unterbinden, machte sie bald wieder aus Angst vor einer Schwächung des Wachstums einen Rückzieher. Sie wollte den Immobilienbesitz besteuern, vor allem diejenigen, die mehrere Immobilien besaßen, aber gab dieses Vorhaben wieder auf, als klar wurde, dass Käufer mehrerer Immobilien den attraktivsten Markt für Bauunternehmer darstellten. Chinesische Kreditnehmer – allen voran Kommunalregierungen und ihre Bevollmächtigten, Immobilien- und Infrastrukturunternehmen oder Firmen in Bereichen, die dazu offiziell aufgefordert wurden, nutzten „Schattenbanken“, darunter auch neue Vermögensmanagements-Fonds, um Regulierungen zu umgehen. Chinas Staatshaushalt ist ausgeglichen und ausländische Währungsreserven sind mit knapp 3,5 Billionen Dollar Mitte 2013 größer als jemals zuvor, doch das wahre Ausmaß der Kredite von Kommunalregierungen und Kredite über Schattenbanken ist nicht bekannt. Zudem existiert keine Schätzung über stille Lasten wie beispielsweise zukünftige Pensionszahlungen.

Gelegentlich nutzen Kreditnehmer auch fragwürdige Finanzquellen im Ausland. So ließ sich beispielsweise der riesige Anstieg des weltweiten Kupferpreises in den vergangenen Jahren hauptsächlich auf Terminkäufe chinesischer Kreditnehmer zurückführen: Da Rohstoffe Teil der offiziellen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit sind, konnten sie auf dieser Grundlage Mittel aufnehmen. Diese wurden jedoch für Immobilienvorhaben eingesetzt, die unter der Annahme zurückgezahlt werden sollten, dass der Kupferpreis steigen würde. Aufgrund eines neuen Tricks erschienen die hohen spekulativen Abflüsse „heißen Geldes“ aus China in der zweiten Jahreshälfte 2012, die durch politische Unsicherheiten gefördert wurden, im Jahr 2013 in neuem Licht. Anfang 2013 veröffentlichte Exportstatistiken weisen plötzlich einen riesigen Anstieg auf (im Jahresvergleich bis zu 93 Prozent mehr nach Hongkong). In Wahrheit wurden die entsprechenden Summen günstig auf neuen Offshore-Renminbi-Märkten geliehen und nach China zurückgeführt, um Investitionen und den Immobilienwahn anzuheizen. Die Zügelung der Zentralbank und der Kreditvergabe wird nicht ausreichen, diese

Praktiken zu unterbinden. Diese auszumerzen und Überkapazitäten in der Industrie und der Baubranche abzubauen wird das schnelle Wachstum zum Erliegen bringen – was vielleicht ohnehin nur eine statistische Korrektur sein dürfte, da das Wachstum nicht nachhaltig ist – doch könnte es zu sozialen Spannungen führen.

Genau wie die Vorgängerregierung, drückt die Regierung von Li Keqiang mit einem Fuß aufs Gaspedal und mit dem anderen auf die Bremse. Doch Ende Juni zeigte sie ihre Entschlossenheit. Eine unvorhergesehene Einschränkung dieser Geldschöpfung führte zu einem kometenhaften Anstieg der kurzfristigen Zinssätze sowie der Refinanzierungszinssätze der Banken. Die Regierung versicherte den Märkten schnell, dass sie die Banken nicht darben lassen würde. Dies erscheint auf den ersten Blick wie eine Wiederholung der früheren Stop-and-go-Praktiken. Doch ähnlich wie die Versuche des Präsidenten der US-Notenbank, Ben Bernanke, den Geldhahn für US-Staatsanleihen zuzudrehen, signalisierte dieser Schritt Chinas informellen Kreditnehmern, dass die gute Zeit einer expansiven Ausgabenpolitik bald zu Ende gehen wird. Der chinesische Schritt gleicht somit dem Vorgehen der amerikanischen Notenbank in Hinblick auf eine restriktive Geldpolitik. Denn Chinas rasantes Wachstum wird durch Leistungsbilanzüberschüsse und Währungssterilisation finanziert. Würden auch der amerikanische und der europäische Markt als Chinas Hauptabsatzmärkte schrumpfen, ginge der Spielraum für eine expansionistische chinesische Politik weiter zurück.

Dieser Top-down-Ansatz der Zentralbank spiegelt ein grundlegendes Element von Xis innenpolitischer Strategie wider: irrationales wirtschaftliches Verhalten zu beenden (Korruption, Verschwendung, rasante informelle Kreditvergaben). Das hat im Gegensatz zur Reformierung staatlicher Wirtschaftsakteure Priorität, die am Ende daraus sogar gestärkt hervorgehen könnten. Die chinesischen Banken, die zwar verstaatlicht sind, aber ihre eigenen Strategien verfolgen, sind ins Kreuzfeuer geraten, weil sie durch ihre Finanzierung mit zum Ausbau einer „grauen“ Wirtschaft und eines informellen Sektors in China beigetragen haben. Am

schlimmsten aber trifft es die nichtstaatliche chinesische Wirtschaft – kleine und mittelgroße Unternehmen sowie private Unternehmen ohne privilegierten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten – und Spekulanten vor Ort. Indirekt übt die Verschärfung der Geldschöpfung auch einen Druck auf Chinas große staatliche Akteure – Verwaltung und staatliche Unternehmen – aus, sorgfältiger zu investieren. Bestenfalls wäre dies eine indirekte Reform und sie hätten mehr politische Instrumente zur Verfügung, um eine große Kreditkrise zu bekämpfen.

Es wird nun politisch darüber spekuliert, ob beim Dritten Plenum des ZK der KPCh, das gewöhnlich ein Jahr nach einem Parteikongress stattfindet, Veränderungen bekannt gegeben werden. Die mehrfach angekündigten Veränderungen bei den Energiepreisen sind bereits eingetreten. Bei zahlreichen Gelegenheiten wurde angedeutet, dass es schnelle Veränderungen bei der Währungskonvertibilität geben könnte. Andere Schritte wie etwa Beteiligungsunternehmen einen höheren Anteil am Gewinn von Staatsunternehmen zu überlassen – dies würde jedoch nicht für private Anteilseigner gelten – sowie Erhöhungen im Sozialetat würden sehr behutsam in Richtung Liberalisierung weisen. Es wäre eine Riesenveränderung, wenn man Kommunalregierungen ermächtigen würde, öffentliche Anleihen auszugeben anstatt finanzielle Tricksereien zu betreiben. Allerdings würde sofort die Frage gestellt, welche Garantien der Staat für diese Anleihen gibt.

Eine härtere, rationalere Außen- und Sicherheitspolitik

Der Ausgangspunkt für die Außenpolitik unter Xi ist die Tatsache, dass China angekommen ist. Die unter Deng Xiaoping begonnene 30 Jahre währende Periode ist zu Ende. Xi verfolgt Dengs Maxime der Zurückhaltung nicht weiter, sondern beansprucht klar eine globale Rolle, die aber nicht mehr auf der Vorstellung einer „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ basiert, wie dies noch unter Hu der Fall war. Xi hat gleich zu Beginn Chinas Anspruch als Weltmacht formuliert, im Gegensatz zu der von David Shambaugh kürzlich formulierten „partiellen Macht.“ Seine ersten Auslandsreisen als

Präsident führten Xi nach Russland, Südafrika, in zwei weitere afrikanische Länder und nach Lateinamerika und verdeutlichten, dass er sich nicht auf Beziehungen zum Westen beschränkt. In der Zwischenzeit hat China Kriegsschiffe in die Nähe der Senkaku-/Diaoyu-Inseln entsandt sowie Truppen (ausgestattet mit Spruchbändern auf denen „das ist unser Gebiet“ steht) jenseits der so genannten Waffenstillstandslinie mit Indien positioniert.

Das Treffen mit Barack Obama in Sunnylands, Kalifornien, an einem Wochenende im Juni 2013 hatte nur auf den ersten Blick Ähnlichkeit mit dem Besuch Jiang Zemin auf Präsident George W. Bushs Ranch in Crawford im Jahr 2002. Dieser Besuch war deswegen bemerkenswert, weil Jiang Bush damals signalisiert hat, dass er in den Vereinten Nationen einen Militärschlag gegen den Irak nicht ablehnen würde. Das Treffen zwischen Xi und Obama war sowohl von Kollision als auch von Konversation geprägt: Keine Seite verlor an Boden. Dem ersten Gipfeltreffen mit Obama gingen Aussagen über eine „Beziehung von Großmächten“ voraus. Xi sprach davon, dass „der große Pazifische Ozean genügend Platz für zwei große Länder wie China und die USA biete.“ Diese Aussage, die von strategischer Parität ausgeht, dürfte andere Pazifikanrainer zu der Frage veranlasst haben, welchen Platz sie dabei einnehmen.

Während Xi einerseits eine Beziehung von „Großmächten“ mit den USA einfordert, bezeichnete er andererseits Russland als Chinas „wichtigsten strategischen Partner“ (China und die USA bezeichnen ihre Beziehung nicht als „strategische Partnerschaft“). Die Erklärungen mit Russland unterstreichen die Achtung der „Kerninteressen“ jeder Seite, ein Ausdruck, den China nun mit all seinen Partnern verwendet. Der chinesische Außenminister Wang Yi hat ebenfalls betont, dass China dabei ist „ein neues Modell von Beziehungen mit großen Staaten“ zu entwerfen sowie „aktiver bei der Beilegung internationaler und regionaler Krisenschauplätze“ zu sein.³ Solche Aussagen sind eine sehr sorgfältige Abwägung eines

³ Rede von Wang Yi auf dem World Peace Forum, Tsinghua Universität, 27. Juni 2013, abrufbar unter: <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t1054783.shtml>

Dialoges unter Gleichen mit den USA, ohne zu viele Zugeständnisse zu machen. Einen Beitrag für die globale Ordnung zu leisten und unspezifische Intervention an regionalen Krisenschauplätzen zu leisten, ist ein sehr viel sensibleres Thema.

Das Auftreten Chinas gegenüber seinen Nachbarstaaten ist noch bestimmter als in den Jahren der Hu-Wen Ära. China wollte damals ein regionales Umfeld schaffen, das freundlich gestimmt ist und hätte niemals einen Konflikt mit mehr als einem Nachbarstaat gleichzeitig begonnen; dann schien es das Talent zu haben, sich fast alle Nachbarn zur gleichen Zeit zum Gegner zu machen. Da die Politik zunehmend erratischer wurde, wurden Fragen über die „bürokratische Fragmentierung“ chinesischer Außenpolitik und des Sicherheitssektors laut. Pekings Community aus außenpolitischen und Social Media Experten war gespalten zwischen „integrationistischen Liberalen“ und „selbstbewussten Nationalisten.“ Ereignisse wie der Jungfernflug eines Tarnkappenkampffjets während eines Treffens des amerikanischen Verteidigungsministers Robert Gates mit Hu im Januar 2011 werden oft als Beleg für seinen Kontrollverlust über die Außenpolitik zitiert.

Xi war bereits vor dem Machtwechsel im November 2012 für einen Bereich der Außenpolitik verantwortlich: seit Mitte 2012 leitete er eine kleine Gruppe, die sich mit der Sicherheit des Seeverkehrs beschäftigte und es gibt Hinweise, dass er für die Reaktion gegenüber Japan im Disput über die Senkaku-/Diaoyu-Inseln im September 2012 verantwortlich war.⁴ Sollte das stimmen, wäre das sehr bedeutsam, da Xi kurz vor seiner Nominierung zum Präsidenten die Verantwortung für das umstrittenste Thema in der chinesischen Außenpolitik gehabt hätte. Er war zudem stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Eine enge Zusammenarbeit mit Wang Huning als quasi informeller Nationaler Sicherheitsberater besteht seit seiner Ernennung zum

⁴ Vgl. Linda Jakobson: China's Foreign Policy Dilemma, v.a. Anmerkung 33, Lowy Institute for International Policy, 5. Februar 2013, verfügbar unter <http://www.lowyinstitute.org/publications/chinas-foreign-policy-dilemma>.

Generalsekretär – er ist das einzige Politbüro-Mitglied ohne förmliche Zuordnung. Xi legte zudem fünf verschiedene maritime Behörden (die sich alle mit dem Gebiet Südliches und Östliches Chinesisches Meer befassten) zu einer Staatlichen Ozeanischen Verwaltung zusammen.

Unter Xis Verantwortung wurde die chinesische Politik gegenüber den Nachbarstaaten zielgerichteter, aber nicht unbedingt gemäßiger. Obwohl es keine neuen Vorfälle mit ASEAN-Staaten gab, hält China an seinem Anspruch auf das Scarborough Riff fest, das lange zu den Philippinen gehörte, aber nun von China beansprucht wird. Nach Scharmützeln zwischen China und den Philippinen im Juni 2012 forderten die USA beide Seiten zum Rückzug auf – doch chinesische Patrouilleeinheiten und Fischerboote demonstrieren den Machtanspruch auf das Atoll. Auf dem asiatischen Verteidigungsgipfel in Singapur im Juni bestätigte ein Offizier der Volksbefreiungsarmee einen Bericht des Pentagon: chinesische Militärschiffe, vermutlich U-Boote, sind in amerikanische Ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ) eingedrungen. Unabhängig davon, wie man das VN-Seerechtsübereinkommen in dieser Frage letztlich deutet, ist das Ausschlaggebende, dass China für sich gleiche Rechte, ja sogar Parität mit den USA beansprucht.

Gegenüber den Nachbarstaaten könnten sich in zwei wichtigen Bereichen Veränderungen der chinesischen Politik im Vergleich zur Hu-Ära ergeben. Erstens wird vermutlich auf Veranlassung von Xi der Druck auf Taiwan erhöht, sich jeden Schritt auf internationaler Bühne, wie etwa Freihandelsverhandlungen, zunächst von China absegnen zu lassen. Und die Regierung des taiwanesischen Präsidenten Ma Ying-jeou tut viel, um China zufrieden zu stellen. Taiwanische und japanische Schiffe haben sich im Senkaku/Diaoyu-Gebiet Gefechte mit Wasserwerfern geliefert und damit die Auseinandersetzung „erfolgreich“ eine Ebene nach oben verlagert. Taiwanische Fischer waren ebenfalls in Auseinandersetzungen mit philippinischen Konkurrenten im südchinesischen Meer involviert, bei denen ein Taiwanese starb.

Taiwan hat sich schon oft auf die Seite Chinas geschlagen, ohne bislang dafür belohnt worden zu sein.

Die zweite Veränderung unter Xi bezieht sich auf Nordkorea, wo China in die gegenteilige Richtung zu steuern scheint. Im Jahr 2010 war die Enttäuschung in Südkorea sehr groß, da sich China weigerte, offen gegen Nordkorea Position zu beziehen. Doch angesichts seiner eigenen historischen und territorialen Meinungsverschiedenheiten mit Japan hofiert Südkorea Peking derzeit sehr offen. Die neue Präsidentin Park Geun-hye (Tochter des ehemaligen Präsidenten Park Chung-hee, dem antikommunistischen Modernisierer von Südkorea), zögerte nicht, Kontakte mit Japan abzubrechen, nachdem Premierminister Shinzo Abe im Mai die Frage der Verantwortung für den Krieg öffentlich falsch dargestellt hatte. Park ist es gelungen, mit Peking eine gemeinsame Erklärung gegen die Verbreitung von Kernwaffen zu verabschieden. Chinesische Presseberichte, in denen das „großartige Schwellenland Korea“ gelobt wird, können als Indiz gedeutet werden, dass Peking endlich die Wiedervereinigung der beiden Koreas in Erwägung zieht.

Zwei Faktoren trugen zu diesem Wandel bei. Zum einen glaubt Seoul, dass die amerikanische Unterstützung letztlich nicht zur Lösung in dieser Frage führt – seit 1991 ist die koreanische Halbinsel in der Frage der nuklearen Bewaffnung Nordkoreas ein Totenacker für internationale Lösungen. Umgekehrt ist China davon überzeugt, dass wirtschaftliche Verflechtungen Korea besser an China binden als strategische Angelegenheiten die beiden Länder trennen. Während Japan, Südostasien und Indien ihre Verteidigungszusammenarbeit mit den USA ausbauen um sich gegen China abzusichern, rückt Südkorea enger an China, um sich gegen eine potenzielle amerikanische Unzuverlässigkeit zu wappnen. Dabei ist es nicht von Nachteil, dass sich Xi damit von Hu distanzieren kann, der sich zu seiner Amtszeit mit Kim Jong-il und sogar Kom Jong-un traf.

Es ist auffällig, dass eine liberale, integrationistische Sichtweise in den chinesischen Medien und Fachzeitschriften am Schwinden ist. Das trifft auch auf Wirtschaftsthemen zu, die im Mittelpunkt von

Chinas Annäherung und Kooperation mit regionalen Partnern stehen. Als Folge der Bo-Affäre wurden maoistische Hardliner und Neo-Linke Zirkel ruhig gestellt. Doch nun wird Mao Yushi öffentlich eingeschüchtert, ein älterer ökonomischer Liberaler und Schlüsselfigur der ersten Reformjahrzehnte. Im Bereich der Außenpolitik scheinen sich die Nationalisten und die Hardliner hinter Xi zu versammeln, da er ihre Sehnsucht nach einem starken Mann befriedigt. So bekannte sich im März 2013 der führende nationalistische General Luo Yan, der gegen „Verschwörer“ geschimpft hat, deutlich zur „Führung von Xi.“

Ein chinesischer Andropov?

Ob aus familiären oder organisatorischen Gründen oder wegen seiner Verbundenheit mit früheren Generationen, legt Xi den Schwerpunkt auf die Partei anstatt auf den politischen Übergang und staatliche Institutionen. Dringende und wichtige Reformen werden von der Partei durchgeführt und sind nicht als Teil eines Übergangs in ein anderes institutionelles Set-up zu sehen. Reformer werden sich entscheiden müssen. Entweder bleiben sie an ihrem Platz oder sie werden zu politischen Gegnern. Sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik strebt Xi eine „kompromisslose Modernisierung“ an. Anstatt Partei und Staat voneinander zu trennen, verstärkt er die Vorherrschaft der Partei. Dies führt zu einer Verschmelzung von Parteiführung und militärischer Führung, wie es bereits vor 1949 der Fall war. Unter seiner Führung soll die Partei direkt für den Staat verantwortlich sein.

Es drängt sich ein Vergleich zur sowjetischen Geschichte auf. Viele konservative Kritiker der Hu-Wen Führung bemängelten die Stagnation und Unentschlossenheit des Führungsteams und sahen Ähnlichkeiten zu Leonid Breschnews langer Herrschaftszeit. Freundliche Beobachter bemühen sich redlich, in Xi einen heimlichen Reformer – eine Art Gorbatschow – zu sehen, doch scheint er mehr Ähnlichkeit mit Breschnews Nachfolger Yuri Andropow zu haben. Andropows Regierungszeit endete 1984 nach zwei Jahren aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes, aber er zeigte einige Eigenschaften, die ihn zu Xis Vorbild machen könnten. Aufgrund seiner langen Amtszeit als

Chef des KGB wusste Andropow sehr gut über den Westen Bescheid und war von einer kompromisslosen Außenpolitik gegenüber dem Westen und einer parteigeführten Modernisierung im ursprünglichen leninistischen Sinne der Selbstreform überzeugt.

Xi ist weder alt noch kränkelnd und im Gegensatz zur Sowjetunion des Jahres 1982 ist der von ihm geführte Parteistaat reich. Trotzdem geht er große politische Risiken ein. Alle seine Vorgänger haben die Uneindeutigkeit von Deng kopiert, indem sie eine begrenzte Liberalisierung und Öffnung der Zivilgesellschaft ermöglichten – sowie Versprechungen und Andeutungen gemacht haben, dass in Zukunft mehr möglich sein könnte. Sollte Chinas Wirtschaft schwächeln, wäre eine unter Kontrolle gehaltene doch an der Basis geduldete, lebhaftere Informationsgesellschaft in China ohne Zweifel eine große Herausforderung für Xis Kontrollanspruch. Vor allem in der Außenpolitik ist das Risiko groß: ein wirtschaftlicher Abschwung könnte all jene Partner auf den Plan rufen, die in den letzten Jahren durch Chinas Auftreten als unnachgiebige Großmacht verstört wurden.

Xis Pläne für China mögen faszinierend sein, könnten sich letztlich aber als anachronistisch erweisen. Politisch versucht er, einen militarisierten Parteistaat als wirksamen Schöpfer nationaler Souveränität wiederherzustellen. Wirtschaftlich versucht er, Chinas Entwicklung von oben anzutreiben anstatt eine individuelle und innovative Gesellschaft zu schaffen, die auf ausgewogenen Institutionen basiert und mit legitimen Regeln operiert. Außenpolitisch verfolgt er eine Politik gegenüber den Nachbarstaaten, die auf dem Grundsatz der Stärke basiert: kleinere Staaten in der chinesischen Einflussphäre werden untergeordnet und gleichzeitig wird mit den USA ein Verhältnis unter „Großmächten“ angestrebt. Auf einen Nenner gebracht: Es hat den Anschein, als wolle Xi die Geopolitik des 19. Jahrhunderts mit einer leninistischen Politik des 20. Jahrhunderts kombinieren, um die Oberhand in einer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu gewinnen.

Über den Autor

François Godement leitet das China- und Asienprogramm des European Council on Foreign Relations und ist Direktor für Strategie des Asia Centre. Er lehrt als Professor an der Sciences Po und berät den Planungsstab des französischen Außenministeriums, die OECD und die EU. Zu seinen ECFR-Publikationen gehören: *A Power Audit of EU-China Relations* (mit John Fox, 2009), *The Scramble for Europe* (mit Jonas Parello-Plesner und Alice Richard, 2011) sowie *China at the Crossroads* (2012).

Dieser Policy Brief ist die deutsche Fassung des englischen Textes: François Godement, 'Xi Jinping's China', *European Council on Foreign Relations*, (85, July 2013)

Übersetzung: Dorothea Jestädt

Über ECFR

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) wurde im Oktober 2007 gegründet und ist der erste pan-europäische Think Tank. Sein Ziel ist es, Forschung zu betreiben und relevante Informationen zu verbreiten, um eine fundierte Debatte über eine kohärente, effektive und wertorientierte Europäische Außenpolitik anzuregen.

Die Strategie des ECFR wird durch drei zentrale Elemente charakterisiert:

- **Ein pan-europäischer Rat.** Der ECFR bringt zweihundert hochrangige Council Members aus allen EU Staaten zusammen – Politiker, Entscheidungsträger, Denker und Unternehmer – die sich einmal im Jahr zu einem Ratstreffen zusammenfinden. Durch geografische und thematische Arbeitsgruppen arbeiten die Council Members eng mit den ECFR Mitarbeitern zusammen und stehen ihnen mit Feedback, Ideen und Ratschlägen zur Seite. Vorsitzende des Councils sind Martti Ahtisaari, Joschka Fischer und Mabel von Oranje.

- **Direkt vor Ort in den wichtigsten Mitgliedsstaaten.** ECFR ist als einziger Think Tank in Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau vertreten. In naher Zukunft plant ECFR auch ein Büro in Brüssel zu eröffnen. Unsere Büros sind Orte der Forschung, Debatte, Interessensvertretung und Kommunikation.

- **Einzigartige Forschung und Politikanalysen** . ECFR hat es geschafft, ein Team von ausgezeichneten Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern aus ganz Europa zusammenzubringen, die ECFRs pan-europäisches Projekt mit ihrer Arbeit fördern. Die Aktivitäten des ECFR umfassen Forschung, Veröffentlichungen von Policy Reports, private Gesprächsrunden und öffentliche Debatten sowie Pressearbeit und „Friends of ECFR“ Zusammenkünfte in europäischen Hauptstädten.

ECFR ist ein eingetragener wohltätiger Verein, der durch die Spenden der Open Society Foundation und anderen großzügigen Stiftungen, Privatpersonen und Firmen finanziert wird. Diese Spender machen es uns möglich unsere Ideen zu verbreiten und für eine wertorientierte europäische Politik einzutreten. ECFR arbeitet eng mit anderen Think Tanks und Organisationen zusammen.

www.ecfr.eu

Der European Council on Foreign Relations hat keine kollektive Position. Wie alle ECFR Veröffentlichungen, gibt dieses Paper ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Das Urheberrecht liegt beim European Council on Foreign Relations. Das Kopieren und Weiterverbreiten dieses Inhaltes ist nur zu persönlichen, nicht-kommerziellen Zwecken gestattet.

©ECFR Juli 2013

ISBN: 978-1-906538-85-9

Veröffentlicht durch den European Council on Foreign Relations (ECFR),
35 Old Queen Street, London, SW1H 9JA,
United Kingdom